

20
77

Union in Deutschland

Bonn, den 19. Mai 1977

Gefahr für den Rechtsstaat

Der in der Göttinger AStA-Zeitung erschienene Schmähartikel gegen den ermordeten Generalbundesanwalt Buback hat in der Öffentlichkeit allgemein tiefe Abscheu hervorgerufen. Um so mehr muß man sich wundern, daß sich der Göttinger AStA nach wie vor weigert, den Artikel, wie von ihm verlangt, zu widerrufen. Dazu stellt Helmut Kohl fest:

Inzwischen haben sich auch die offiziellen Vertretungen der Studentenschaft einiger Universitäten, so in Bremen, Braunschweig und Aachen, mit dem Inhalt des Artikels identifiziert. Diese Tatsache wirft ein Schlaglicht auf die Situation, wie sie in vielen Hochschulen unseres Landes besteht. In ihnen hat sich — von der Öffentlichkeit weithin unbemerkt — eine Subkultur entwickelt, deren hervorstechendstes Merkmal es ist, daß bei vielen Studenten, aber auch bei einer Reihe von Hochschullehrern eine offene Feindschaft gegen unseren Staat festzustellen ist, die sich oft zur Rechtsblindheit steigert. Von diesem geistigen Umfeld zur Sympathisantenszene des Terrorismus ist es dann oft nicht mehr so weit. Es ist auch bezeichnend, daß die verschiedenen kommunistischen Gruppen an den Universitäten immer wieder die Unterstützung

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ VOLKSFONT

Generalsekretär Heiner Geißler warnt vor der Gefahr des Euro-Kommunismus. Seite 3

■ LONDON-GIPFEL

Die CDU/CSU begrüßt die Berlin-Erklärung der Westmächte und die Stärkung der NATO. Seite 5

■ RENTEN

Die von der Union vorgelegten Alternativen zum Renten- und Krankenversicherungsgesetz sind sozialer und gerechter. Seite 7

■ EAK

Bundestagung in Siegen: Die Freiheit verantworten — Herausforderung an uns Christen. Seite 11

■ BUNDES- PARTEITAG

Die CDU Hessen hat auf ihrem Landesparteitag in Marburg eine Neuorientierung der Hochschulpolitik gefordert. Seite 13

■ DOKUMENTATION

Tatsachen über den Terrorismus. Grüner Teil

■ ÖFFENTLICH- KEITSARBEIT

CDU-Aktion zu den Menschenrechten. Rosa Teil

der Jusos und des Liberalen Hochschulbundes finden, mit denen gemeinsam sie den ASTA tragen, auch dort, wo sich zusammen mit dem RCDS eine Koalition demokratischer Kräfte bilden könnte. Leider müssen wir auch feststellen, daß offizielle Vertretungen der Studentenschaft mit öffentlichen Geldern, den Zwangsbeträgen der Studenten, rechtswidrige und gewalttätige Aktionen planen und durchführen können, ohne daß dagegen ernsthaft eingeschritten wird.

Der Rechtsstaat darf an den Toren unserer Hochschulen nicht enden. Die Rechtsordnung muß auch im Bereich der Hochschulen Geltung haben.

Die zuständigen Behörden sind aufgefordert, alle zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel anzuwenden, um freies Forschen, freies Lehren und freies Lernen an den Hochschulen zu gewährleisten und zu verhindern, daß die Universitäten dieses Landes zu Brutstätten des Radikalismus werden.

Aber auch Bundestag und Bundesregierung können sich nicht frei machen von der Verantwortung, der Bedrohung des öffentlichen Friedens, die von manchen unserer Hochschulen ausgeht, entschlossen und wirksam entgegenzutreten.

Notwendig ist eine Schärfung des Rechtsbewußtseins. Sie kann nur erreicht werden, wenn alle demokratischen Kräfte die Grenzen zu jenen, die die freiheitliche demokratische Ordnung des Grundgesetzes ablehnen oder sich zu Gewalt als einem Mittel der Politik bekennen, scharf und unmißverständlich ziehen — nicht nur in Worten, sondern auch in Taten.

■ INFORMATIONEN

Der falsche Weg

Zu dem Vorschlag Minister Ehrenbergs, eine „Überstunden-Abgabe“ einzuführen, erklärte der Vorsitzende des zuständigen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfele, dieses sei genau der falsche Weg zur Lösung unserer Probleme. „Wir brauchen umgekehrt einen Abbau der leistungs- und aufstiegsfeindlichen Überbelastung der arbeitenden Bürger und der investitionshemmenden Überbelastung der Betriebe mit Abgaben. Der Facharbeiter, der Überstunden leisten soll, fühlt sich angesichts der bestehenden doppelten Zange der steigenden Besteuerung und der wachsenden Sozialbeitragslast heute schon vielfach bestraft. Er zahlt jetzt schon eine Art Überstunden-Abgabe. Nur durch Abbau der Überbesteuerung wird die Leistungs- und Investitionsbereitschaft wieder auf Dauer gestärkt.“

Nichts geht mehr ohne die Linke

Zum Auftrag der SPD-Fraktion, die Teil für den Schnellen Brutreaktor zum Teil zu sperren, erklärte der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Christian Lenzer, der Rückzieher von Matthöfer gegenüber linken Abgeordneten der SPD-Fraktion sei rein partitaktisch zu verstehen. Die Drohung der schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten, möglicherweise den Haushalt des Forschungsministeriums im Bundestag zu Fall zu bringen, habe die überraschende Kapitulation Matthöfers, der sonst um starke Worte selten verlegen sei, herbeigeführt. Dieser Vorgang zeige, daß es auch für Minister Matthö-

fer nicht mehr möglich sei, seine Vorstellungen gegen den erklärten Willen der linken Genossen in der SPD-Bundestagsfraktion durchzusetzen.

Kernenergie spaltet SPD

Starke Gegensätze in der Kernenergiefrage zwischen der SPD in Schleswig-Holstein und den Gewerkschaften bestimmten ein Maitreffen der SPD im Nordseebad Büsum. Auf einer Podiumsdiskussion erklärte der Vorsitzende des Bezirks Nordwest der Gewerkschaft ÖTV und SPD-Landtagsabgeordnete Hans Schwalbach, er halte den Kernenergiebeschuß des SPD-Landesstands, in dem ein Baustopp und eine Denkpause gefordert wurden, für nicht vertretbar. SPD-Landesvorsitzender

Günter Jansen wandte sich indessen gegen die Alternative: Arbeitsplätze oder Energie. Gegenwärtig gebe es Energie im Überfluß und trotzdem über eine Million Arbeitslose. Der Landesverband kämpfe nicht nur gegen die CDU in dieser Position, sondern auch gegen die Energiepolitik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, sagte Jansen. Das sei eine konstruktive Kritik, mit der man verhindern wolle, daß die Regierung hineinlaufe „in die Industriefalle der Kernenergie“.

Begrenzung der Gesetzesflut

Für eine vertretbare Eingrenzung der Gesetzesflut sprach sich der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser (Krefeld), aus. Er richtete zwei parlamentarische Anfragen an die Bundesregierung, um zu klären, ob es zutreffend sei, daß in der Bundesrepublik Deutschland im Bereich des Bundesrechts, also ohne Länder und Gemeinden, gegenwärtig 1 480 Gesetze und 2 280 Rechtsverordnungen gültig seien.

17. Juni

LIEBE FREUNDE!

Unser Vorsitzender Helmut Kohl hat dazu aufgerufen, den Tag der Deutschen Einheit durch Gedenkstunden der Union würdig zu begehen.

Für die Durchführung von Veranstaltungen eignet sich sowohl der Vorabend (Donnerstag, 16. Juni) wie Freitag, der 17. Juni, der staatlicher Feiertag ist. Ich empfehle, nach Möglichkeit in jedem Kreisverband eine für den Kreisverband repräsentative Veranstaltung durchzuführen oder sich an einer bereits geplanten zu beteiligen, wenn sich dort unsere deutschlandpolitische Haltung wirkungsvoll vertreten läßt.

Es ist der Bundespartei nicht möglich, Bundesredner dafür zu benennen. Unser Parteivorsitzender wie die übrigen Vorstandsmitglieder haben bereits Verpflichtungen für Großveranstaltungen übernommen. Deshalb werden die Mitglieder unserer Bundestagsfraktion, soweit sie es vermögen, sowie die Abgeordneten der Landtage, Kreistage und Stadtparlamente dringend gebeten, zum Tag der Deutschen Einheit zu sprechen. Zur Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltungen habe ich den Vorsitzenden der Landes- und Kreisverbände konkrete Vorschläge übermittelt.

Die Union sollte diesen Gedenktag der Deutschen Einheit zum Anlaß nehmen, ihre ost- und deutschlandpolitische Haltung in eindeutiger Weise darzulegen. Dafür ist auch die Entschließung des Deutschlandpolitischen Tages unseres Düsseldorfer Parteitages eine gute Grundlage.

IHR

Heiner Geißler

■ EUROPA

Allianz der Mitte gegen Volksfront

Mit Sorge verfolgt die CDU/CSU die politische Situation in Südeuropa.

Helmut Kohl informierte sich in Rom und besucht wenige Tage später auf Einladung der spanischen Christlichen Demokraten Madrid.

Zur Gefahr des Euro-Kommunismus nahm Heiner Geißler auf dem Bezirksparteitag der CDU Südbaden Stellung. Geißler stellte u. a. fest:

Die Ausbreitung des Kommunismus im Süden Europas und die sich verstärkenden Tendenzen zu Volksfrontregierungen sind die größte Gefahr für das westliche Europa. Die Fortsetzung dieser Tendenzen würde die Aussicht auf eine politische Union Europas weiter verschlechtern und die politischen Gewichte im freien Teil Europas entscheidend zugunsten der UdSSR verschieben. Am Ende könnte die Sowjetunion

Westeuropa ein kommunistisches Gesellschaftssystem diktieren.

Es ist falsch, die italienischen Christdemokraten für den wachsenden Einfluß der Kommunisten auf die Regierung verantwortlich zu machen. Die Bildung einer demokratischen Mehrheitsregierung scheitert vielmehr an der Negativ-Koalition von Kommunisten und Sozialisten. Wir fordern die SPD und ihren Vorsitzenden Willy Brandt auf, mit ihrem ganzen Gewicht auf einen Sinneswandel der italienischen Sozialisten hinzuwirken. Sonst wird eine kommunistische Regierungsübernahme in Italien als „historisches Versagen“ des europäischen Sozialismus in die Geschichtsbücher eingehen.

Die CDU verkennt nicht, daß der Erfolg kommunistischer Parteien in Südeuropa auch eine Folge des wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichts in Europa ist. Die gerechte Verteilung der Chancen und Güter in Europa ist die soziale Voraussetzung dafür, daß die Entwicklungschancen des Kommunismus in Südeuropa entscheidend zurückgeschnitten werden können. Soziale Verantwortung im Dienste der Freiheit ist daher unsere Strategie gegen den Marxismus in Europa. Vorrangig ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Europa.

Die CDU will die nichtsozialistischen Parteien in Europa zu einer breiten Allianz gegen Euro-Kommunismus und Volksfront zusammenführen. Sie hat dazu mit ihren christlich-demokratischen Freunden in der Europäischen Gemeinschaft die Europäische Volkspartei gegründet. Die freiheitliche Alternative gegen den Marxismus in Europa braucht aber eine breitere Basis. Die CDU reicht deshalb allen nichtsozialistischen Parteien in Europa die Hand zur Zusammenarbeit.

Kohl: Volles Vertrauen

„Die italienischen und die deutschen Christlichen Demokraten“, sagte Helmut Kohl nach seinen Gesprächen mit den Führern der Democrazia Cristiana in Rom, „sind Mitglieder der europäischen Volkspartei und damit eigentlich Landesverbände der gleichen Partei“. Helmut Kohl fügte hinzu, er gehe mit gestärktem Vertrauen in die Führung der Democrazia Cristiana nach Bonn zurück. „Wir haben volles Vertrauen in unsere italienischen Freunde“, sagte er wörtlich, „daß es ihrer Politik und Klugheit gelingt, unsere gemeinsamen Prinzipien überzeugend zu verteidigen“.

■ LONDONER GIPFELTREFFEN

Anti-Inflationspolitik in der Bewährungsprobe

Bundeskanzler Schmidt ist nach Ansicht von Franz Josef Strauß der „teuerste Lehrling der deutschen Wirtschaft“. In der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung zu dem Londoner Gipfeltreffen machte Franz Josef Strauß den Kanzler persönlich für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich. Dagegen lobte Strauß die in London vereinbarte Anti-Inflationspolitik und begrüßte die Berlin-Erklärung der Westmächte. Wörtlich sagte Strauß u. a.:

Diese Berlin-Erklärung trägt offensichtlich die Handschrift des neuen amerikanischen Präsidenten, und das ist gut so. Ich weiß noch, wie höhnisch oder auch polemisch damals, als das Berlin-Abkommen ausgehandelt wurde, meine Kritik vermerkt wurde, es wäre gut, in diesem Abkommen keine Unklarheiten zu ermöglichen, denn mit Recht berufen sich die drei Westmächte und die Bundesrepublik darauf, daß das Berlin-Abkommen für Berlin als Ganzes gilt. Aber hat man das auch dem Verhandlungspartner am Konferenztisch gesagt und in kodifizierter Form mit seiner Unterschrift festgehalten? Ich möchte nur diese kritische Erinnerung ins Gedächtnis zurückrufen.

Dem Fünfpunkteprogramm des amerikanischen Präsidenten auf dem NATO-Treffen stimmen wir zu. Aber wenn der amerikanische Präsident einen zusätzli-

chen Beitrag der USA, also eine Stärkung der konventionellen Streitkräfte durch die USA, unter der Bedingung, daß die Verbündeten desgleichen tun, in Aussicht stellt, dann muß doch für eine Vermehrung des Rüstungsstandes der NATO in Europa durch die Amerikaner und — nach dem Gesetz der kommunizierenden Röhren — durch die Verbündeten eine Notwendigkeit bestehen. Warum diese Notwendigkeit besteht, braucht hier nicht noch einmal eigens ausführlich dargelegt zu werden. Wenn der amerikanische Präsident zusätzliche Beiträge der Amerikaner und der Europäer für notwendig hält, dann möchte ich fragen: Wie vereinbart sich das mit den merkwürdigen Vorschlägen des Kollegen Brandt zur Lösung der MBFR-Problematik in Wien? Man muß dem amerikanischen Präsidenten zustimmen, wenn er eine verstärkte Zusammenarbeit in der Rüstung fordert, vor allen Dingen wenn er — in der deutschen Übersetzung kommt das nicht für alle ganz verständlich zum Ausdruck — vor Doppelarbeit warnt.

Dieses Thema gibt es, solange es das Atlantische Bündnis gibt. Die Reden, Beschlüsse, Communiqués, die zur Standardisierung der Waffen, zu einer sinnvollen Arbeitsteilung bei der Waffenentwicklung und Waffenerzeugung aufrufen, füllen schon ganze Bibliotheken. Deshalb muß man gerade bei diesem Punkt sagen — und das tue ich in fast wehmütiger Erinnerung an die vie-

len Jahre nutzloser Entschlüsse, tönender Reden, hochtrabender Kommuniqués —, daß wir gemessen werden an den Ergebnissen.

Dazu gehört auch, daß ein einwandfrei besseres Waffensystem, das in Europa entwickelt wird, von unseren amerikanischen Freunden ohne Berücksichtigung lobbyistischer Interessen dann auch für die amerikanischen Streitkräfte vorgesehen wird. Ich meine damit das Waffensystem des Leopard II.

Ich möchte hier ausdrücklich, auch im Namen der gesamten Fraktion der CDU/CSU feststellen, daß wir in zwei gewichtigen Problembereichen unsere Zustimmung zur Haltung der Bundesregierung bekunden.

1. Die Bundesregierung konnte nicht anders — wenn sie nicht ihr Ansehen verspielen, vertragsbrüchig werden und deutsche Interessen schädigen wollte — handeln, als den Vertrag mit Brasilien einzuhalten und sich durch nichts von diesem Vertrag abbringen zu lassen. Helmut Kohl und ich haben das bei der letzten Kernenergiebesprechung im Hause des Bundeskanzlers im kleinen Kreise gesagt. Ich stehe nicht an, das auch hier in der Öffentlichkeit zu sagen.

2. Wir bekunden unsere Zustimmung dazu, daß ein uns ursprünglich zugemutetes großes inflationär wirkendes Programm zur Wirtschaftsbelebung, praktisch ein Programm der Geldvermehrung, abgelehnt worden ist. Hier bekunden wir ausdrücklich unsere Zustimmung; denn das Problem ist nicht mehr die Frage der Geldmenge. Geld ist genug da. Es ist nur nicht immer an der richtigen Stelle, und es besteht kein Vertrauen, es richtig auszugeben.

Wir haben gar nichts davon, wenn sich in den Tresoren der Bundesbank große Schätze häufen. Wir haben gar nichts

davon, wenn in den Großbanken gewaltige Mengen für Kredite zur Verfügung stehen, die nur zaghaft in Anspruch genommen werden. Darum sagte ich: Geld ist genug da. Es ist nur nicht an der richtigen Stelle, und es wird nicht richtig ausgegeben.

Der Aberglaube, man könnte durch Inflation die Arbeitslosigkeit vermeiden oder verhindern, sollte endlich aufgegeben werden. Das ist der teuerste Lernprozeß, den es in der Weltgeschichte jemals gegeben hat, bis man diesen Aberglauben abgewickelt hat. Herr Bundeskanzler, ich muß sagen: Ich bewundere Sie, wie Sie hier diese Weisheit vertreten haben, man könnte durch Inflation doch nicht die Arbeitslosigkeit abbauen oder aufheben. Wie viele Helmut Schmidts gibt es eigentlich?

Da gab es doch einmal einen Doppelgänger von Ihnen, der gesagt hat: „Wir Deutschen vertragen fünf Prozent Inflation leichter als fünf Prozent Arbeitslosigkeit“ und der vorgetäuscht hat oder vortäuschen wollte, man könnte die Arbeitslosigkeit durch eine in Kauf genommene Inflation von fünf Prozent verhindern.

Dann gab es einen anderen Doppelgänger. Auch der hieß Helmut Schmidt. — Ja, „Dreifachgänger“ muß man schon sagen. Der sagte: Stabilität, das ist so ein Modewort; ich kümmere mich darum viel weniger, als es andere kümmert. Waren auch das Sie? Oder ist bei Ihnen schon eine Seelenwanderung eingetreten? Denn Sie haben mit Nachdruck immer die These vertreten, daß man durch so eine Politik der leichten Hand und des leichten Geldes diese Probleme lösen könne. Daran, daß es bei uns zu einer Million Arbeitsloser als einer Dauererscheinung gekommen ist, ist nicht das Ausland schuld. Der Schuldige sitzt hier. Er heißt Helmut Schmidt.

■ RENTEN- UND KRANKENVERSICHERUNG

Die Alternative der Union ist sozialer und gerechter

Die SPD/FDP-Koalition hat in der vergangenen Woche im Deutschen Bundestag ihr Gesetzespaket zur Renten- und Krankenversicherung in zweiter und dritter Lesung durchgesetzt. Mit ihrer Mehrheit hatte die Koalition vorher in den Ausschußberatungen dafür gesorgt, daß die Gesetzentwürfe noch erheblich verschärft wurden (vergl. UID 18/77).

Von den großen Versprechungen des Bundeskanzlers vor der Wahl: „Die Renten sind sicher“ ist nichts übrig geblieben, stellt hierzu Generalsekretär Heiner Geißler fest. Die vorliegenden Gesetze können nicht einmal als der Versuch einer notwendigen, langfristigen Sicherung der Renten angesehen werden.

Die Union hat die sozialere, gerechtere Lösungsalternative in Form des sozialgestaffelten Krankenversicherungsbeitrages der Rentner vorgelegt. Die Abgeordneten der SPD/FDP haben es zu verantworten, wenn die bewährte Rentenformel zerstört und das Bruttoprinzip durchlöchert wird. Jetzt hat der Bundesrat das Wort. Die Haltung der CDU/CSU-Länder zu dem vorliegenden Gesetzespaket wird nicht zuletzt auch davon abhängen, inwieweit die Bundesregierung bereit ist, ihre Haltung beim Rentengesetz zu korrigieren und zum Wohle der kleinen Rentner und Versicherten verpflichtende Zusagen im Hinblick auf das 21. Rentenanpassungsgesetz zu machen. Nachfolgend eine Gegenüberstellung der Koalitionsvorlagen und der CDU/CSU-Alternative.

I. Entwurf eines Gesetzes zur zwanzigsten Rentenanpassung und zur Verbesserung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (zwanzigstes Rentenanpassungsgesetz — 20. RAG)

SPD/FDP-Koalition

1. Anpassung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) 9,9 % ab 1. Juli 1977.

Altershilfe für Landwirte 9,9 % ab 1. Januar 1978.

Gesetzliche Unfallversicherung (GUV) 7,4 % ab 1. Januar 1978.

2. Festsetzung des Zuschusses der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten zu den Aufwendungen für die Krankenversicherung der Rentner (KvD R) auf 11 % der Rentenausgaben.

CDU/CSU

Kein Änderungsantrag.
Zustimmung.

Umfassende Alternativ-Vorlage zur KvD R.
a) Statt 11 % jeweils durchschnittlicher Beitragssatz in der Krankenversicherung für Aktivversicherte zur Zeit 11,3 % (1978 eventuell 12 %). 5,5 Mrd. DM weniger Verlagerung von gesetzlicher Rentenversicherung auf gesetzliche Krankenversicherung.

SPD/FDP-Koalition

Verlagerung von Kosten von der Rentenversicherung auf die Krankenversicherung in Höhe von rd. 32 Mrd. DM bis 1980.

3. Teilaktualisierung; veränderte Berechnung der allgemeinen Bemessungsgrundlage; eventuell Nettolohnanpassung in den Jahren 1979 und 1980.

4. Verschiebung des nächsten Rentenanspannungstermins 1. Juli 1978 auf den 1. Januar 1979.

5. Beitragszahlung der Bundesanstalt für Arbeit zur Rentenversicherung für Arbeitslose ab 1. Januar 1979.

6. Übertragung der beruflichen Rehabilitation von der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Bundesanstalt für Arbeit ab 1. Januar 1979.

7. a) Die 3-Monats-Schwelle der Rücklage, bei deren Unterschreitung in den Vorausberechnungen der Bundesregierung der erforderliche Beitragssatz zu berechnen ist, wird auf einen Monat herabgesetzt.

b) Die Rücklagen sind in Zukunft nur noch liquide anzulegen.

c) Einführung eines einheitlichen Liquiditätsausgleichsverfahrens.

8. Streichung der Aufstockung von Pflichtbeiträgen. Die Pflichtversicherten sollten nach dem Regierungsentwurf vom 1. Januar 1978 an die Möglichkeit erhalten, ihre Pflichtbeiträge bis zur Beitragsbemessungsgrenze durch freiwillige Beiträge aufzustocken.

9. a) Einfrieren des Kinderzuschusses in der gesetzlichen Rentenversicherung.

b) Wegfall der Waisenrente, wenn Bezüge bestimmte Grenzwerte übersteigen.

c) Dynamisierte Kinderzuschüsse nur noch für Vollwaisen.

CDU/CSU

b) 2,6 % ab 1. Januar 1979 und 4 % ab 1. Januar 1980 Eigenbeitrag der Rentner zu ihrer Krankenversicherung, jedoch nur für Rentner mit über 656 DM Renten monatlich.

KVdR-Beitrag als Alternative zu Teilaktualisierung und geplanter Nettoanpassung.

c) Gleichzeitig Erhebung eines KVdR-Beitrags (Alternative 1) ab 1. Januar 1977 — 11,3 % — auch auf andere Alterseinkünfte (Mehrfachrentner), wie Pensionen und Betriebsrenten, allerdings nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze (2 550 DM). Alternative 2 (ab 1. Januar 1979).

2,6 % bzw. 4 % auf Betriebsrenten und sonstige Alterseinkünfte jedoch 11,3 % für Pensionen.

Kein Änderungsantrag.
Zustimmung.

Kein Änderungsantrag.
Zustimmung.

Änderungsantrag.
Berufliche Rehabilitation soll bei den Rentenversicherungsträgern verbleiben.

Änderungsantrag:
Die CDU/CSU tritt für eine Reduzierung des Rücklagevermögens allenfalls auf 2 Monatsrücklagen und für eine spätere Wiederaufstockung auf 3 Monatsrücklagen ein.

Kein Änderungsantrag.
Zustimmung.

Kein Änderungsantrag.
Zustimmung.

Änderungsantrag.
Ja zur ursprünglichen Regierungsvorlage. Entsprechende CDU/CSU-Initiative in der 7. Legislaturperiode. Angleichung der Möglichkeiten in der Beitragsgestaltung der Pflichtversicherten an die Möglichkeiten der Selbständigen und freiwillig Versicherten (soziale Gerechtigkeit).

a) Ablehnung des Einfrierens der Kinderzuschüsse.

b) CDU/CSU tritt für dynamische Grenzen statt starrer Grenzen ein.

c) Dynamisierte Kinderzuschüsse für Halbwaisen.

SPD/FDP-Koalition 10. Neufestsetzung des Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung.	CDU/CSU Den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sollen die Ausgaben an Kinderzuschüssen im Zeitraum vom 1. Juli 1977 bis 31. Dezember 1980 in Höhe von insgesamt 3,5 Mrd. DM vom Bund erstattet werden.
--	--

II. Entwurf eines Gesetzes zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung (Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz — KVKG)

SPD/FDP-Koalition <ol style="list-style-type: none"> 1. Einschränkung der Versicherungsbelebung der Rentner. Wer im Erwerbsleben sich einmal der privaten Krankenversicherung zugewandt hat, und sich von der Krankenversicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung hat befreien lassen, kann auch im Alter nicht mehr der GKV beitreten (Fluchtparagraph). 2. Beitrags- und Leistungsbemessungsgrenze in der GKV wird angehoben (von 75 % auf 85 % der Grenze in der GRV; 2 550 DM auf 2 890 DM monatlich). 3. a) Bundeseinheitliche Empfehlungsvereinbarung und Honorarplafondierung, einheitlicher Bewertungsmaßstab zur Begrenzung der Ausgaben für ärztliche Behandlung und b) Arzneimittelplafondierung durch Festlegung eines Arzneimittelhöchstbetrages. Bei Überschreitung des Arzneimittelhöchstbetrages Umlage auf Arzthonorare auf dem Wege des Einzelregresses. 4. Einbeziehung der Ersatzkassen in das für die RVO-Kassen geltende Kassenarztrecht. Einheitliche Gebührenordnung (Ersatzkassen-Adgo) für alle Krankenkassen. 5. Kostenerstattung der Unfallversicherung an die Krankenkassen für Unfallverletzte bei Krankenhauspflege schon ab dem 1. Tag an (Anregung des Bundesrates). 6. Eigenbeteiligung der Krankenhäuser an den Investitionskosten (Gefahr für freigemeinnützige und private Krankenhäuser). 	CDU/CSU <p>CDU/CSU lehnt diese Regelung ebenso wie die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung ab.</p> <p>Die Erhöhung wird wegen einseitiger Belastung der Angestellten mit mittleren Einkommen abgelehnt.</p> <p>Alternative:</p> <p>Gesetzliche Verankerung einer konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen (Erfolgszwang). Der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen soll eine Chance gegeben werden, selbstverantwortlich eine Kostendämpfung herbeizuführen (z. B. über freiwillige oder vertragliche Empfehlungsvereinbarungen).</p> <p>Gesetzliche Regelungen nur für den Fall, daß Kostendämpfung anderweitig nicht erfolgreich ist.</p> <p>Die CDU/CSU sieht in diesen Maßnahmen Schritte zur Einheitsversicherung und lehnt deshalb die entsprechenden Regelungen ab.</p> <p>Zustimmung, da eigener Antrag (Bundesrat) sogar weitgehender (Krankenhauspflege und andere Krankenversicherungskosten).</p> <p>Die CDU/CSU lehnt die Eigenbeteiligung der Krankenhäuser an den Investitionskosten aus verschiedenen Gründen ab.</p>
---	---

III. Entwurf eines neunten Gesetzes über die Anpassung der Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes

SPD/FDP-Koalition

1. Anpassung der Renten aus der Kriegsopferversorgung um 9,9% zum 1. Juli 1977.

2. Verschiebung des Anpassungstermins 1. Juli 1978 auf den 1. Januar 1979.

3. Anpassung der Kriegsopferrenten nicht mehr an die allgemeine Bemessungsgrundlage, sondern an die Veränderungen der Renten aus der Arbeiterrentenversicherung. Vorbereitung auf evtl. Nettoanpassung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung mit analoger Anwendung auf BVG-Rente.

4. Trotz Versprechen keine Vorlage struktureller Leistungsverbesserungsmaßnahmen.

CDU/CSU

Kein Änderungsantrag.
Zustimmung.

Kein Änderungsantrag.
Zustimmung.

Änderungsantrag:
Beibehaltung der bisherigen Anpassungsgrundlage (allgemeine Bemessungsgrundlage).

Forderung nach strukturellen Verbesserungen zum teilweisen Ausgleich der Verluste, die den Rentnern durch die Hinausschiebung des Anpassungstermins entstanden sind (Verwendung der Haushaltseinsparungen).

1. Änderungsantrag zu § 33b und § 45.
Weitergewährung des Kinderzuschlags bzw. der Waisenrente bis zum 23. Lebensjahr, wenn eine Berufsausbildung mangels Studien- oder Ausbildungsplatz nicht begonnen und fortgesetzt werden kann oder wenn keine Erwerbstätigkeit vorliegt und weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe bezogen wird.

2. Änderungsantrag zu § 48: Ausdehnung des Anspruchs auf Witwen- und Waisenbeihilfe auf die Hinterbliebenen von nicht an Schädigungsfolgen verstorbenen Beschädigten mit einer anerkannten Mindereitung der Erwerbsfähigkeit um 70—90% auch ohne Nachweis der wirtschaftlichen Beeinträchtigung.

3. Änderungsantrag zu § 89 BVG: Rückwirkende Gewährung des Härteausgleichs vom Antragsmonat an (d. h. Rückgängigmachung der im Haushaltstrukturgesetz angeführten Änderung des § 89 BVG).

■ EVANGELISCHER ARBEITSKREIS

Die Freiheit verantworten — Herausforderung an uns Christen

Auf die Unvereinbarkeit von Marxismus und Christentum wies auf der Abschlußkundgebung der diesjährigen Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) — die gleichzeitig die 25-Jahrfeier des Arbeitskreises darstellte — der Bundesvorsitzende des EAK, Gerhard Schröder, hin. Schröder, der zu dem Leitthema der Tagung „Die Freiheit verantworten — Herausforderung an uns Christen“ sprach, betonte die Notwendigkeit intakter moralischer Grundlagen für die Politik und appellierte zugleich an die politisch Verantwortlichen, den Bürger im politischen Alltag wieder ernster zu nehmen.

Helmut Kohl, der ebenfalls auf der Schlußveranstaltung sprach, wandte sich mit Nachdruck gegen den weitverbreiteten Irrtum, daß nur der Staat in der Lage sei, die sozialen Bedürfnisse des Menschen angemessen zu befriedigen. Er warnte vor der Bildung riesiger Sozialbürokratien, die den Menschen zwar verwalteten, ihn aber nicht zufrieden und glücklich machten.

Zu Beginn der Tagung hatte der Hamburger Theologe Prof. Dr. Helmut Thielicke vor über 1 000 Zuhörern in einem Festvortrag über das Thema „Gedanken über die Zukunft des Christentums“ gesprochen und erklärt, daß es davon abhinge, in welchem Maße es weltnah

und weltgestaltend wirke, ohne welthörig zu werden und sein Eigenstes zu verlieren.

Besondere Beachtung fanden die Referate von Prof. Dr. Günter Rohrmoser, Stuttgart sowie von Staatssekretär Prof. Dr. Roman Herzog, Mainz, dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden des EAK. Während Günter Rohrmoser sich zu den Überlebenschancen unserer Demokratie äußerte und zur geistigen Erneuerung der Unionsparteien bei gleichzeitiger Absage an jede Art von Opportunismus aufrief, machte Roman Herzog deutlich, daß die Grundlagen unserer politischen Ethik eines verstärkten Bekennermutes bedürften, um auch die Pflichten der Freiheit in das Bewußtsein der Menschen zu bringen, da nur dann der Anspruch auf die geistige Führung durchsetzbar sei. Gleichzeitig setzte er sich mit Nachdruck für die Erneuerung des „C“ im Namen der CDU sowie für die Überwindung des Materialismus der vergangenen Jahre ein.

Statt Randalieren Nächstenliebe praktizieren

Es muß wieder wahr werden, so rief er den Zuhörern unter großem Beifall zu, daß Bürgerinitiative nicht Randalieren und Durchboxen von Interessen bedeutet, sondern zunächst einmal Nachbarschaftshilfe, Hilfe für behinderte Mitmenschen, Nestwärme für Kinder und Ge-

borgenheit für alte Menschen, Eintreten für das Allgemeinwohl. Es muß wieder wahr werden, daß Unterdrückung auch dort Unterdrückung ist und öffentlich als Unterdrückung bezeichnet werden muß, wo einem jeden von uns Entspannung und Abbau von Konflikten lieber wäre.

Zahlreiche Theologen diskutieren mit

Neben den fünf Hauptvorträgen im Rahmen der vom 13. bis 15. Mai in Siegen stattfindenden Veranstaltung diskutierten mehr als 700 Tagungsteilnehmer in vier Arbeitskreisen Themen zu Fragen der Grundwerte, der sozialen Ordnung, der Bildung und Erziehung sowie Probleme eines freien Europas. Dr. Philipp von Bismarck, Staatssekretär Prof. Dr. Axel von Campenhausen, Kultusminister Prof. Dr. Wilhelm Hahn sowie Kai-Uwe von Hassel hatten zu den obigen Themen vor den Arbeitskreisteilnehmern in Kurzreferaten jeweils Schwerpunktprobleme aufgezeigt.

Die Anwesenheit des bayerischen Justizministers Karl Hillermeier und des CSU-Generalsekretärs Gerold Tandler im Rahmen der Arbeitskreisleitungen — neben Friedrich Vogel und Dr. Gerhard Rödding, Landeskirchenrat aus Bielefeld — machten deutlich, daß der Arbeitskreis seine Klammerfunktion zwischen CDU und CSU deutlich herausstellte; hierauf wurde nicht zuletzt auch durch den stellvertretenden CSU-Landesvorsitzenden Werner Dollinger, der seit langem als einer der energischsten Verfechter der Einheit der Unionsparteien gilt und im Vorsitz des Arbeitskreises einer der Stellvertreter von Gerhard Schröder ist, hingewiesen.

Besonders auffällig war an dieser Tagung auch die von dem Arbeitskreis

praktizierte verstärkte Beteiligung evangelischer Theologen und kirchlich gebundener Persönlichkeiten. So gab es keinen der vier Arbeitskreise, in dem die theologische Begleitung fehlte. Dabei wurde die Mitwirkung von Bischof Kunst, der zugleich auch — genau wie vor 25 Jahren — die sonntägliche Predigt für die Besucher der Bundestagung hielt, in einem der vier Arbeitskreise mit besonderer Aufmerksamkeit registriert.

Dasselbe traf auch für das durch Präses Thimme überbrachte Grußwort vom Rat der EKD zu, das mit großem Beifall aufgenommen wurde. Unter den Ehrengästen der Eröffnungsveranstaltung befand sich ebenfalls der Prälat Georg Binder, der Beauftragte des Rates der EKD am Sitz der Bundesregierung.

Kritische Begleitung und fairer Austausch

Der Evangelische Arbeitskreis hat mit der in Siegen öffentlich dokumentierten Einbeziehung kirchlicher Repräsentanten in seine Arbeit seinen Willen bekannt, den in früheren Jahren gelegentlich festgefahrenen Dialog mit der evangelischen Kirche verstärkt wieder aufzunehmen. Dabei erwartet der Arbeitskreis keine politisch-einseitige Festlegung evangelisch-kirchlicher Vertreter — was er will ist die kritische Begleitung seiner Arbeit sowie den fairen Austausch der gegenseitigen, wenn auch gelegentlich unterschiedlichen Positionen zu den wichtigen Fragen unserer Zeit.

Dazu hat Siegen, in dem der Arbeitskreis vor 25 Jahren durch Hermann Ehlers, Robert Tillmanns sowie den damaligen Siegener Oberbürgermeister Ernst Bach gegründet wurde, einen wesentlichen Schritt nach vorne getan.

■ LANDESPARTEITAG HESSEN

Neuorientierung der Hochschulpolitik gefordert

Eine grundsätzliche Neubesinnung in der Hochschulpolitik hat Alfred Dregger gefordert. Auf dem 43. Landesparteitag der hessischen Union, der unter dem Thema „Forschen, Lehren, Lernen in Freiheit“ in Marburg stattfand, kündigte Dregger an, eine von ihm geführte Landesregierung werde in der Hochschulpolitik vorrangig die Wiederannäherung von Bildungs- und Beschäftigungssystem betreiben sowie der Erfüllung der vom Staat erteilten Aufgaben Vorrang vor der Berücksichtigung inneruniversitärer Gruppeninteressen einräumen.

Das Modell der Gruppenuniversität und die „Hochschuldemokratisierung“ bezeichnete Dregger als Ergebnis von Denkfehlern, weil damit politische Kategorien in einem Bereich übertragen würden, in dem es nicht um politische Willensbildung, sondern um fachliche Aufgaben gehe. Entschieden sprach sich Dregger ferner für ein straffes Ordnungsrecht aus, das bei entsprechenden Behinderungen des Universitätsbetriebes vom Verweis bis zum mehrjährigen Ausschluß vom Studium reichen solle.

In drei Arbeitskreisen befaßten sich die Parteitagsdelegierten unter der Mitwirkung von namhaften Vertretern aus Wissenschaft und Publizistik mit der Leistungsfähigkeit der Hochschule, dem Spannungsfeld von Wissenschaft

und Ideologie sowie der Bedeutung der Hochschule als Lehr- und Lernort für Deutschlands wirtschaftliche und wissenschaftliche Zukunft. Mit der überwältigenden Mehrheit der Tagungsteilnehmer wurden nach der Diskussion die vorgelegten Thesen — teilweise mit geringfügigen Modifizierungen — verabschiedet.

Danach soll das Modell der Gesamthochschulen aufgegeben und die Gesamthochschule Kassel aufgelöst werden. Ihre Einrichtungen sollen als Universität, Kunsthochschule und Fachhochschule neu konstituiert werden. Die Delegierten forderten weiter die Auflösung der Einheitsverwaltung an den Universitäten. Die Personal- und Wirtschaftsverwaltung soll vom Staat übernommen und durch den Kanzler der Universität vorgenommen werden, um zu verhindern, daß die Universität zum „Selbstbedienungsladen“ entartet.

Die Delegierten sprachen sich auch für eine Ausdünnung des „Gremienschungels“ aus. Die Zahl der Kollegialorgane soll verringert und statt nach Zahlenparität nach Sachkompetenz zusammengesetzt werden. Bei Forschung und Lehre sowie bei Berufungen müssen Hochschullehrer das bestimmende Gewicht haben. Die Zuständigkeit der Universitätsorgane wird durch die organisatorische Selbständigkeit der Seminare und Kliniken eingeschränkt.

Am Schluß des Parteitages, auf dem der Präsident der Deutschen For-

■ PARTEIARBEIT

Bundesfachausschüsse werden konstituiert

Der letzte Bundesvorstand der CDU hat mit Wirkung vom 1. 3. 1977 eine neue Ordnung für die Bundesfachausschüsse der CDU beschlossen. Fast alle Bundesfachausschüsse der Partei müssen jetzt nach dieser neuen Ordnung konstituiert werden (vgl. UID Nr. 17/77 Gelber Teil).

Nach § 3 haben in den letzten Wochen 14 Landesverbände, 6 Vereinigungen und der RCDS personelle Vorschläge für die Besetzung der Fachausschüsse gemacht. Dem Generalsekretär oblag in den letzten Tagen die schwierige Aufgabe, aus der großen Zahl hervorragend geeigneter Persönlichkeiten je 20 Mitglieder für jeden Fachausschuß auszuwählen. Nach § 2 der neuen Ordnung ist die Mitgliederzahl der Bundesfachausschüsse nämlich auf 20 begrenzt. Der Bundesvorstand beabsichtigte, durch diese Verringerung der Mitgliederzahl gegenüber den bisherigen Bundesfachausschüssen die Arbeit zu straffen. Gleichzeitig werden durch diese Maßnahme die nicht unerheblichen Kosten der Partei für die Fachausschlußarbeit gesenkt.

Bei der Auswahl der Mitglieder mußte nicht nur auf die von der Ordnung für die Bundesfachausschüsse angesprochene fachliche und geographische Ausgewogenheit der Zusammensetzung geachtet werden, sondern auch darauf, daß die Fachausschußmitglieder ausreichend Zeit dafür aufwenden können, um möglichst an jeder Sitzung des jeweiligen Bundesfachausschusses teilzunehmen. Deshalb sollte in der Regel niemand in zwei Bundesfachausschüssen mitarbeiten. Bei politischen Themen, die über die fachlichen Grenzen eines Fachausschusses hinausgehen, soll in Zukunft verstärkt zwischen verschiedenen Fachausschüssen zusammengearbeitet werden. Dadurch entfällt die Notwendigkeit einer Koordination über Personalunionen.

Die Damen und Herren, die in einen Fachausschuß berufen werden, werden darüber durch ein Schreiben des Generalsekretärs informiert und zur konstituierenden Sitzung des jeweiligen Bundesfachausschusses eingeladen. Ab 23. Mai werden dann Bundesfachausschüsse für folgende Bereiche konstituiert:

Sport	Gesundheitspolitik
Strukturpolitik	Kulturpolitik
Agrarpolitik	Jugendpolitik
Wirtschaftspolitik	Außenpolitik
Energie und Umwelt	Entwicklungs politik
Sozialpolitik	Sicherheitspolitik

Außerdem besteht noch der im vergangenen Jahr konstituierte Bundesfachausschuß Innenpolitik und der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratische Juristen.

schungsgemeinschaft, Professor Heinz Maier-Leipnitz und der bayerische Kultusminister Professor Hans Maier die Hauptreferate hielten, kündigte Dregger an, daß die CDU-Fraktion im hessischen Landtag die Ergebnisse des Kon-

gresses schon bald zur Grundlage von hochschulpolitischen Initiativen machen werde. Im übrigen seien die Thesen auch als Denkanstoß für die innerparteiliche Diskussion auf Bundesebene gedacht.

■ KOALITION

Der „Fall Benneter“ beginnt erst

Der SPD-Bundesvorstand hat Anfang der Woche — wie Presse, Fernsehen und Hörfunk ausführlich berichtet haben — einstimmig seinen Beschuß erneuert, wonach alle Rechte aus der SPD-Mitgliedschaft des 30jährigen Juso-Vorsitzenden Benneter ruhen. Gleichzeitig beschloß der Bundesvorstand bei drei Gegenstimmen einen Antrag auf Durchführung eines Parteiordnungsverfahrens mit dem Ziel des Ausschlusses Benneters aus der SPD. Ist damit der „Fall Benneter“ beendet — oder fängt die Auseinandersetzung innerhalb der SPD erst richtig an? Hierzu die deutsche Presse:

Aber Benneter steht nicht allein. Er hat Gesinnungsgenossen. Mehr als die Hälfte der Juso-Delegierten hat ihn am 20. März in Hamburg zum Bundesvorsitzenden gewählt; und er hatte sich geistig nicht getarnt. Auch bei älteren SPD-Mitgliedern hat Benneter Freunde. Nun muß sich zeigen, ob die SPD bereit ist und die Kraft hat, sich von Gruppen zu trennen, die ihr ein anderes Gesicht geben wollen und die eine andere Republik, einen Staat mit Lenkung und Zwängen anstreben. So gesehen, beginnt für die SPD der Fall Benneter erst.

Rheinische Post, 17. Mai 1977

In Nordrhein-Westfalen ist ein zunehmender Verfall an Autorität und Loyalität in der SPD zu beobachten. Der Vorstand des SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe hat es jetzt nach langen Beratun-

gen abgelehnt, Maßnahmen gegen die Jungsozialisten in dieser Region zu ergreifen, die am Dienstag vergangener Woche entgegen den Weisungen der SPD-Bundesführung eine Veranstaltung mit dem suspendierten Juso-Vorsitzenden Benneter mit 800 Teilnehmern hatten. Die Entscheidung im SPD-Bezirksvorstand fiel mit neun gegen sechs Stimmen.

Dies bedeutet, daß der Parteibezirk ein internes Rundschreiben vom 3. Mai aus dem Bonner Parteivorstand, nach dem allen Gliederungen und Unterorganisationen Veranstaltungen mit Benneter untersagt sind, schlicht mißachtet.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Mai 1977

Benneter ist ja auf dem Hamburger Bundeskongreß seiner Organisation im März dieses Jahres nicht durch Zufall oder durch bloßes Versehen in das höchste Juso-Amt hineingerutscht... Kenner schätzen, daß wenigstens zehn Prozent der Gesamtmitgliedschaft und wenigstens ein Drittel der Aktiven mit Benneter am gleichen Strang ziehen.

Die Welt, 17. Mai 1977

Die optimistische Interpretation, es gebe keinen „Fall Jungsozialisten“, sondern nur einen „Fall Benneter“, ist schon längst durch die innerparteiliche Entwicklung der SPD überholt. Wenn zum Beispiel ein Drittel der Vorstandsmitglieder eines Landesverbandes an einer Veranstaltung mit eben diesem Benneter teilnimmt, so muß etwas an

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBUHR BEZAHLT

der innerparteilichen Durchsetzungskraft von Vorstandsbeschlüssen faul sein.

Es wird gesagt, im Grunde sei das, was sich im Augenblick abspiele, vor allem eine Auseinandersetzung zwischen den „Sozialdemokraten“ und den reinblütigen „Sozialisten“ in der SPD. Wenn das richtig ist, dann fragt es sich doch, wie ein Satz zu interpretieren sei, der lautet: „Auf deutschem Boden sammeln sich die Sozialisten in der Sozialdemokratischen Partei“. So steht es im Goedesberger Programm von 1959.

Abendzeitung, 17. Mai 1977

Auch dieser zweite Anlauf zur partiellen Selbstreinigung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Benneter nur ein Name ist, der für die Unzufriedenheit vieler Sozialdemokraten mit dem derzeitigen Zustand der Partei und der von dieser Partei betriebenen Politik steht. Unzufrieden sind nicht nur die Linken in der SPD, sondern auch die sonst so fügsame Basis, deren Gros Welten von den kommunistenfreundlichen Stammkap-Jüngern trennen. Die anhaltende Arbeitslosigkeit, die nicht eingehalte-

nen Versprechungen der SPD/FDP-Bundesregierung, die überall aufbrechenden Beispiele von Ämterverfilzung haben selbst die Treuesten der Treuen verschreckt.

Die Folge ist, daß selbst Männer wie Bundesverteidigungsminister Leber, die durch die Re-Ideologisierung der SPD von der Parteimitte nach Rechtsaußen gerückt wurden, noch weitere Rückschläge für die Sozialdemokratie prophezeien.

Osnabrücker Zeitung, 17. Mai 1977

... und das sagt Benneter

Ich finde es außerordentlich bedauerlich, daß mich der Parteivorstand nicht zu den gegen mich erhobenen Vorwürfen gehört hat... Meine politische Grundhaltung würde ich weiterhin vertreten. Ich bin und bleibe Sozialdemokrat... Die Jungsozialisten sind jetzt aufgefordert, diese Probleme in der Partei zu diskutieren und auch zu entscheiden, wer sich überhaupt Sozialdemokrat nennen darf und wer die sozialdemokratische Partei schädigt.

Benneter in der DFS-Tagesschau,

16. Mai 1977

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD